

Hinweise zur Datenverarbeitung gemäß Artikel 13 und 144 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

1. Kontakt

Verantwortlich für Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von persönlichen Daten im Sinne der DS-GVO und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) ist:



Rechtsanwalt
Sascha Frank Knüfer
Frohnhauser Straße 232
45144 Essen
Fon 0201 43 38 51 04
Fax 0201 75 60 15
info@ra-knuefer.de

Die Daten werden unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen erhoben.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten; Art und Zweck der Verwendung

Bei Mandatierung werden folgende Daten erhoben:

- Anrede, Vorname, Nachname
- Anschrift
- Telefonnummer
- E-Mail-Adresse
- notwendige Informationen für die Beratung, Verteidigung und Durchsetzung von Rechten

Die Erhebung dieser Daten erfolgt aus Gründen der

- Identifikation,
- Korrespondenz,
- Beratung und Vertretung,
- Anspruchsdurchsetzung,
- Rechnungsstellung,
- Haftung und
- Kollisionskontrolle.

Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund der Beauftragung und ist für die beiderseitige Erfüllung aus dem Mandatsverhältnis erforderlich, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO. Die Daten werden digital lokal und in Papierform gespeichert.

Die Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht von sechs Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Mandatsbeendigung gem. § 50 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) gespeichert und anschließend vernichtet.

Ausnahmen bestehen bei Verpflichtung zur längeren Speicherung gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DS-GVO, beispielsweise aufgrund von Bestimmungen der Abgabenordnung oder

des Geldwäschegesetzes oder Ihrer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO.

Die Vernichtung erfolgt unter Wahrung der Vertraulichkeit durch Abholung in verschlossenen Behältern von einem zertifizierten Unternehmen.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Die Weitergabe erfolgt nur, soweit dies für die ordnungsgemäße Abwicklung des Mandatsverhältnisses erforderlich ist, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO.

Hiervon betroffen sind insbesondere die Weitergabe von Daten und Informationen an (Verfahrens-) Gegner und deren Vertreter sowie an Gerichte und andere öffentliche Stellen zum Zwecke der Durchsetzung von Rechtsansprüchen. Von dem Empfänger dürfen die Daten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Eine Übermittlung zu anderen Zwecken erfolgt nicht. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt.

Die Weitergabe erfolgt ausschließlich in Absprache und im Mandanteninteresse; ergänzendes ergibt sich aus der Bevollmächtigung oder dem gesondert geschlossenen Mandatsvertrag.

Soweit Kanzleimitarbeiter mit personenbezogenen Daten in Kontakt gelangen, unterliegen diese selbiger strenger Verschwiegenheitspflicht; deren Einhaltung wird engmaschig überwacht. Sonstige Personen sind von uns schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und sind über die Strafbarkeit eines Verstoßes gesondert belehrt.

4. Betroffenenrechte

Art. 7 Abs. 3 DS-GVO: Die erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Durch Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund vorheriger Einwilligung erfolgter Verarbeitung nicht berührt. Die Datenverarbeitung wird lediglich für die Zukunft nicht mehr fortgeführt.

Art. 15 DS-GVO: Es kann Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangt werden. Insbesondere kann Auskunft verlangt werden über

- Verarbeitungszwecke,
- Kategorien,
- Empfänger,
- Speicherdauer,
- Berichtigung, Löschung oder Einschränkung,

- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde und
- Herkunft der Daten.

Art. 16 DS-GVO: Die unverzügliche Berechtigung oder Vervollständigung der personenbezogenen Daten kann verlangt werden.

Art. 17 DS-GVO: Die Löschung der Daten kann verlangt werden. Dies gilt nicht, soweit die Verarbeitung aus folgenden Zwecken erforderlich ist:

- Recht auf freie Meinungsäußerung und Information
- Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen
- öffentliches Interesse im Bereich öffentlicher Gesundheit
- öffentliches Interesse hinsichtlich Archivierung, wissenschaftliche und historische Forschung oder statistische Zwecke
- Geltendmachung, Ausübung und/oder Verteidigung von Rechtsansprüchen

Art. 18 DS-GVO: Die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten kann verlangt werden. Dies gilt soweit

- die Richtigkeit bestritten wird,
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist, jedoch eine Löschung nicht gewünscht ist,
- die Daten nicht länger benötigt werden, die Daten jedoch vom Mandanten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden,
- gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt wurde.

Art. 20 DS-GVO: Die Information oder Weitergabe kann an andere Verantwortliche in strukturierter, gängiger und maschinenlesbarer Form verlangt werden.

Art. 77 DS-GVO: Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde ist statthaft. Die Aufsichtsbehörde bestimmt sich über den üblichen Aufenthaltsort oder Arbeitsplatz der Mandantschaft sowie dem Sitz der Anwaltskanzlei.

5. Widerspruchsrecht

Sofern die personenbezogenen Daten der Mandantschaft auf Grundlage von berechtigten Interessen gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO verarbeitet werden, besteht das Recht gemäß Art. 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen, soweit eine besondere Situation begründet ist.

Der Widerspruch ist in Textform an die E-Mail-Adresse info@ra-knuefer.de möglich.



Zur Kenntnis genommen und eingewilligt.

Essen, den _____

Unterschrift Mandant